

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Zugabepreis vierteljährlich 5 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Paul Haack  
Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Rötterstraße 16 b II.  
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 8808.

Anzeigengebühr  
für die sechsseitige Kolonelle 5 Mark.  
Geschäftsanzeigen finden keine Ausnahme.

### Spa

Es sind immer noch mit der Liquidation des Krieges beschäftigt. Das wechselvolle Bild, das die Verhandlungen in Spa boten, war nur ein Ausdruck dafür, daß es die Vertreter der untergehenden Welt des Kapitals sind, die dort zusammentraten, einer Welt, die ruhmreich und erschüttert durch ihre eigenen Taten ihren Untergang herbeiführt und in neuem Glanzwert Richtung vor dem allenthalben drohenden Ende sucht.

Der Vertrag von Versailles ist ein typisches Dokument imperialistischer Sieger, das seine Vorbilder in den von den damals siegreichen deutschen Imperialisten geschlossenen Verträgen von Westflandern und Kautskis hatte. In rücksichtsloser Ausnutzung des Sieges haben die Regierungen der „demokratischen“ Ententestaaten versucht, ihren imperialistischen Absichten auf Kosten des Besiegten zu befriedigen, darüber hinaus aber auch ihn für die Deckung der entstandenen Kriegsschäden der eigenen Länder heranzuziehen. Denn nicht nur in Deutschland droht der Staatsbankrott, sondern auch Frankreich, Italien und selbst Englands Staatsfinanzen sind außer Kontrolle geraten. Nun soll aus dem besiegten Schuldner alles herausgepumpt werden.

In seinen wirtschaftlichen Bedingungen ist der Vertrag von Versailles in seiner ursprünglichen Fassung unerfüllbar. Das wurde von uns bereits vor seiner Unterzeichnung hervorgehoben, obgleich damals dennoch kein anderer Ausweg als die Unterzeichnung blieb, denn das kapitalistische Deutschland hatte kein Mittel in der Hand, um die Vergeblichkeit abzuwenden. Zu einem neuen Krieg hätte sich die Arbeiterklasse nicht treiben lassen, während auf der anderen Seite aber auch die revolutionären Proletarier noch nicht stark genug waren, um ihren Machthabern in die Arme zu fallen, sie zu besitzeln und im wahren Sinne von Volk zu Volk zu verhandeln.

Die Zeit hat auch bei den Siegern die Entente nicht wach werden lassen, daß alles zu spät gespart, der Bogen springt. In Spa traten darum die Vertreter der kapitalistischen Regierungen zusammen, um über folgende Punkte des Friedensvertrages Bestimmungen zu treffen:

- 1. Militärische Fragen,
- 2. Schuldtage,
- 3. Kohlenfrage und Reparationen.

Während Punkt 1 — Bestrafung der schuldigen deutschen Kriegsverbrecher — gelegentlich in einer Kommission sehr rasche und geschickte Erledigung fand, führte schon der erste Punkt zu sehr ernstlichen und die Konferenz sehr bedrohlichen Konflikten. Wenn eine der Bestimmungen des Friedensvertrages vom deutschen Volke ohne Schaden hingenommen werden konnte und darum auf ihrer strikten Erfüllung bestanden werden mußte, so war es die die Entwaffnung der kriegsrevolutionären Militärs betreuende. Darin doch auch die Militärs noch wenige Tage vor der Konferenz schockiert und ungewiß durch ihre Not zum Ausbruch gebracht, daß sie auf Erfüllung dieser Forderung unbedingt bestehen.

Dabei geben wir uns natürlich keiner Täuschung darüber hin, daß die Forderung der Abrüstung keineswegs von kapitalistischen und ehelich imperialistischen Gefühlen der Ententevertreter diktiert ist. Würde dem so, dann müßten sie gleichzeitig ihren eigenen Militarismus abschaffen, wozu sie indessen nicht im entferntesten denken! Ihr Verlangen ist vielmehr diktiert von ihrem Mißtrauen zum preußisch-deutschen, aggressiven Militarismus, dessen Fortbestehen ihnen nicht nur als furchtbare Bedrohung erscheint, sondern sie auch dazu veranlassen würde, den Wirtschaftswettbewerb fortzusetzen und auch aus ihren ausgepumpten Staatsfinanzen immer größere Mittel für unproduktive Heeresvermehrung aufzubringen.

Geben wir uns demnach auch über die „friedfertigen“ Gefühle der Ententevertreter keiner Täuschung hin, so darf doch nicht verkannt werden, daß durch die Entwaffnung des stehenden Heeres das deutsche Volk von Niederlagen für eine reaktionäre Heereskaste befreit, daß aber auch gleichzeitig dadurch — und dies für uns und insbesondere ebenfalls wichtig — der Kampf unserer ausländischen Genossen gegen ihren eigenen Militarismus ganz bedeutend erleichtert wird. Und international haben wir als Sozialisten alle Fragen zu prüfen und zu entscheiden.

Wie aber verhielt sich die deutsche Delegation in Spa? Anstatt durch ruhiges, sachgemäßes und entgegenkommendes Eingehen auf die Ententeüberlegungen in einer Frage, in der es ohne Schaden für die deutsche Volkswirtschaft möglich war, ja wo es einen finanziellen Nutzen durch Ersparnisse usw. bedeutete, in einer Frage ferner, in der sich alle Staaten der Entente vollkommen einig waren, sich eine günstige Stimmung und Verhandlungsbasis für die weit wichtigeren wirtschaftlichen Fragen zu schaffen, stimmte der deutsche Reichskanzler Fehrenbach eine sentimentale innerliche Rede an, in der er vom lieben Gott und davon, daß er ein alter Mann sei und als ehelicher Mensch sterben wolle — eine auf die Sentimentalität spekulierende und auf das Niveau einer Vermählung der Volkspartei zugeschnittene Rede, die den bestigsten Unmut Lord Georges erregte und im Verein mit dem ebenso ungeschickten und unsachlichen Auftreten des Reichswehrministers Geßler fast zum Scheitern der Konferenz geführt hätte.

Überaus bemerkenswert zeigte schließlich die Entente doch ein gewisses Entgegenkommen, indem sie eine sechsmonatliche Frist für die Reduzierung des Heeres einräumte und eine Verstärkung der Sicherheitswehr auf 150.000 Mann zugestand. Dadurch war dieses Entgegenkommen bemerkt? Die deutschen Unterhändler wirkten erfolgreich mit dem roten Tuch der kommunistischen Gefahr, das bolschewistische Gespenst mußte dazu dienen, um bei den Herren der Entente, die die Infektionsgefahr dieser Krankheit noch mehr fürchten als den kaiserlichen Imperialismus, Verständnis für ihre deutsch-kapitalistischen Klasseninteressen zu wecken. Großen Nachdruck legte aber insbesondere Lord Georges auf die Ablieferung der noch in den Händen der Zivilbevölkerung befindlichen fast zwei Millionen Gewehre, über deren Verbleib man der Entente vorlag, daß sie größtenteils bei Auflösung des Kriegsheeres in den Händen der heimgekehrten Soldaten verblieben seien. Dabei ist es der Regierung und insbesondere dem Herrn Geßler und dem General Seidl genauer bekannt wie uns, wo sich die Waffen befinden: In den Händen der Konterrevolution, der Agrarier, auf den Gütern, bei den „aufgelösten“ Freikorps und den ebenso „aufgelösten“ Einwohnern usw., während man die wie geheimes Bild verfolgte revolutionäre Arbeiterklasse längst rücksichtslos aller Waffen zu ihrer Verteidigung entblößt hat!

Der ungeachtet dessen hat die Arbeiterklasse angesichts des Weiles, der diese Regierung überläßt, damit zu rechnen, daß nunmehr ein Selbstzug gegen sie unternommen werden soll, um angeblich die Forderung der Entente nach Waffenablieferung zu erfüllen — weil die Regierung trotz ihrer zeitweiligen Kraftlosigkeit in Spa sich die Macht

selber nicht antaut, gegen die mit ihrer Hilfe und ihrer Duldung bewaffneten Konterrevolutionäre mit der notwendigen Rückgratfestigkeit vorzugehen.

Aus solche Erscheinungen des weißen Schreckens aber hat sich die Arbeiterklasse rechtzeitig zu rufen und sofort geschlossen, ohne Rücksicht der Parteirichtung und unter eventuellem Zuhilfenahme der internationalen Arbeiterkollaboration ihnen entgegenzutreten!

Des Schauspielers zweiter Akt drehte sich um die Kohlenfrage und beanspruchte in gleicher Weise das Interesse und die Aufmerksamkeit der gesamten Arbeiterklasse. Witterand und Stinnes sind die Hauptakteure und in spannenster Sensation folgt eine Szene der anderen, von sanftesten Tönen bis zur schärfsten Tonart variiert. Und das Spiel, um das dort gewettet wird, geht um die Haut des deutschen Arbeiters. Eingeklebt aber ist uns die Rechnung von demselben Herrn Stinnes und seinen inilliarischen und anderen einflussreichen Freunden, für deren Interessen der Krieg geführt, Millionen Menschenleben vernichtet und die in ihrem Vandalismus die Werke ihrer französischen und belgischen Konkurrenten abbauen, die Gruben und Anlagen selbst nach der Niederlage auf dem Rücken noch wahnwürgerweise zerstören ließen. Dieser Vandalismus raubt unseren ausländischen Klassen-genossen die Arbeitgelegenheit, vernichtet Wirtschaftsmotive, deren Verlust weltwirtschaftlich betrachtet nicht nur das französische Wirtschaftsleben laßt, sondern einen Schlag für die Wirtschaft überhaupt bedeutete. Darüber hinaus aber legt mit Recht der Friedensvertrag den Deutschen die Pflicht auf, diesen entstandenen Schaden wieder gutzumachen.

Da sind in erster Linie durch das Erlaufen der Gruben Deutschland Verpflichtungen zur Kohlenlieferung auferlegt worden, die auf Grund des Versailler Vertrages jährlich etwa 40 Millionen Tonnen betragen hätten. Ihre Erfüllung bedeutet angefaßt der heutigen deutschen Kohlenproduktion, des Verlustes der Saarzone, der Ungewißheit über das Schicksal der oberschlesischen Kohlenproduktion, aber vor allem auch des Zustandekommens der Unterernährung und durch langjährige Entbehrungen und Elend sowie teilweise durch geleistete Überarbeit herabgeminderte Körperkraft der deutschen Bergarbeiter eine Unmöglichkeit. Die Entente hatte ihre Forderung reduziert auf eine Lieferpflicht von 24 Millionen Tonnen monatlich und schließlich auf 2 Millionen Tonnen pro Monat, während die deutsche Delegation auf Grund der Darlegungen ihrer Kohlenfachverständigen die Forderung von 1,1 Millionen Tonnen monatlich als das Äußerste bezeichnete.

Und wenn man nunmehr, nach Beendigung des Spiels, auf die einzelnen dramatischen Szenen zurückblickt, so kann man sich eines verächtlichen bitteren Lächelns nicht erwehren: Der ganze Apparat der Verleserungen der Unmöglichkeit eines so hohen Lieferungs, der nicht genügenden Leistungsfähigkeit der Bergleute wird in der Fadenzeichnung seiner Fiktion durchschaut. Ausgerechnet der Schwerindustrie Stinnes, der nicht genug soliden Schwelger aus der Arbeiterklasse in Aberstunden herauspressen konnte, stand als warmer Anwalt des deutschen Bergarbeiterproletariats auf und drohte mit den Gegenmaßnahmen der deutschen Arbeiter bei einer eventuellen Verringerung Stinnes droht gar mit dem Generalstreik — eine Parole aus diesem Munde aber wird nicht ernstlich und entwertet und läßt nur zu deutlich den Pferdefuß erkennen.

Gleichzeitig aber hat eine Regierungsdenkschrift in beweglichen Worten die Ernährungslage in Deutschland geschildert. Sie weist auf den Zustand starker Unterernährung, die erschreckende Vermehrung der Sterblichkeit von Kindern und Erwachsenen, die erschütternde Lage der Not, des Elends und der verminderten Leistungsfähigkeit hin, die Unmöglichkeit für große Bevölkerungsanteile, auch nur die rationierten Lebensmittel zu erhalten, um schließlich die Hilfe der Entente zu erbitten! Das tun dieselben Leute, die nicht oft und nicht eindringlich genug ob der Begehrlichkeit der deutschen Arbeiter schrien konnten!

Wieso legt diese plötzliche soziale Einsicht gegenüber dem Ausland, die sie dem eigenen Volk gegenüber nie zum Vorschein kommen ließen?

Ach, die Erklärung ist zu einfach: Der Hunger, die Not, sollten als kapitalistisches Druckmittel im Ruhrhandel zu Spa dienen und die ganze Methode verfolgte einen doppelten Zweck: erstens den, von der Gegenpartei etwas herauszuschlagen für das kapitalistische Wirtschaftsinteresse, zweitens aber — und das ist das wichtigere Moment —, um den deutschen Arbeitern zu zeigen: Seht, wir haben alles für euch getan, alles versucht, um für eure Interessen das Beste herauszuschlagen, aber — der Gegner hat nicht mehr zugestanden und nun habt ihr im vaterländischen Interesse alles daranzusetzen, um die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen, d. h. Abarbeit zu leisten, zu sechsen zuerst für das Profitinteresse des deutschen und dann für dasjenige des ausländischen Kapitalisten!

Auch verdienen die Worte Suß festgehalten zu werden, um sich ihrer in bestimmten Situationen zu erinnern: Er führte aus:

„Aber es ist einfach ausgeschlossen, daß eine weitere Verlängerung der regelmäßigen Schichtzeit eintreten kann, sondern die deutschen Bergarbeiter haben wie die englischen und amerikanischen Bergarbeiter als Ziel die sechsstündige Arbeitsschicht, weil sie der Überzeugung sind, durch die sechsstündige Schicht nicht die Kohlenförderung zu schädigen, sondern sie sogar mit der Zeit zu heben!“

Als man sich schließlich auf dem mittleren Wege der 2 Millionen Tonnen Monatslieferung zu einigen unternahm, kam die deutsche Delegation mit dem Verlangen der Bezahlung in Auslandswährung. Was das bedeutet, erhellt aus folgendem: Der Inlandspreis für Anthrazit stellt sich heute auf 20 M., was bei 2 Millionen Tonnen gleich 40 Millionen Mark monatlich bedeutet. Bei dem gegenwärtigen Weltmarktpreis für Kohle von 120 Schilling aber beträgt der Preis für die Monatslieferung 2,1 Milliarden Papiermark, also 25,2 Milliarden Papiermark im Jahr, gegen 4,8 Milliarden Papiermark im Jahr beim Inlandspreis.

Nun ist zu beachten, daß das Reich den deutschen Lieferanten diesen Preis hätte anerkennen müssen und die Entente den entsprechenden Betrag auf das Wiedergutmachungskonto verbucht hätte. Aber auf diese Weise wäre den Unternehmern eine von den Steuergebern alljährlich auszubringende Summe von über 20 Milliarden Papiermark mehr zugewiesen als gemäß dem definitiven Abkommen, das über den Inlandspreis hinaus nur 5 Goldmark, d. h. 45 M. pro Tonne zur Verbesserung der Ernährungslage der Bergarbeiter zubilligt, und nun wird man auch den besten Willens der Stinnes und Konsorten gegen das Abkommen besser noch begreifen: Gegen die Entschädigung durch den schönen Gewinn des Weltmarktpreises hatten sie offensichtlich ein noch größeres Quantum zugewilligt, wenn auch dadurch eine Verletzung der Allgemeinheit und ein Schaden für die Volkswirtschaft

entstanden! Nur aber der ausländische Konkurrent der Ruhrmacher der Ruhrindustrie wird und dem Vertragsgegner ein sehr schädliche Milliardensegen zukommen soll, da staubt er sich mit aller Entschiedenheit!

Im ganzen betrachtet stellt der Handel von Spa einen unglücklichen Versuch der kapitalistischen Regierungen dar, ihren Krieg zu liquidieren und die herrschende Produktionsweise dabei zu zellen. In allen der beteiligten Staaten aber ist die Volkswirtschaft erschüttert und die alten, kapitalistischen Produktionsmethoden, wobei einer den anderen zu überbieten versucht, können keinen Weg ebnen, der aus dem ökonomischen Chaos herausführt. Einzig aber sind sich die erbittertesten Gegner der Verhandlungen in Spa bei allen Differenzen darin: sich gegenseitig zu unterstützen in der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeutung, in der Niederhaltung der Arbeiterklasse.

Wenn die deutsche Arbeiterklasse auch gerne bereit ist, aus Solidarität zu ihren französischen Genossen selbst unter eigenen Opfern an der Wiedergutmachung der durch den deutschen Imperialismus verursachten Schäden mitzuwirken, so kann sie es doch nicht tun unter der Bedingung einer noch größeren Verelendung, wobei sie auch ihren ausländischen Kollegen keinen Dienst erwiesen würde, weil ein weiteres Versinken ins Elend Produktionsstörungen und suchtbare Rückschläge auf dem Weltmarkt bedeuten würde, die alle in Mitteldeutschland zieht.

Gerade die internationale Verknüpfung der Weltwirtschaft stellt uns den Weg zur Befreiung für alle: Abschaffung des kapitalistischen Jochs und seiner Wirtschaftsanarchie durch den Kampf des geschlossenen, revolutionären Proletariats Deutschlands — damit eben auch die Wege für die fortgeschrittenen Revolutionierung in Frankreich, England und den anderen Ländern, die allein wahre Hilfe und Befreiung bringen kann!

### Gegen die Gewerkschaften! Selbständige Betriebsräteorganisation!

So lautet die Kampparole der Berliner Betriebsrätezentrale und ihrer angezogenen Freunde. Mit dem schwersten Bewußtsein wird gegen die Gewerkschaften zu Felde gezogen. In Versammlungen reden die Seidenden der Betriebsrätezentrale die Gewerkschaften in Grund und Boden. Kein Haar bleibt übrig. Reaktionäre Gewerkschaften! Konterrevolutionäre Gewerkschaften! Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund und Spa in den Arbeitgemeinschaften! Nichtin sind die von den Gewerkschaften zusammengeführten Betriebsräte Werkzeuge der Arbeitgemeinschaften! Die den Arbeitgemeinschaften angehörenden Gewerkschaften stehen auf einer Stufe mit den Gelben usw. So geht's fort in „logischen“ Purzelbäumen. Und da der Deutsche Metallarbeiter-Verband mit dem A.D.M. und der Spa den gemeinsamen Standpunkt vertritt, daß die Zusammenfassung der Betriebsräte durch, resp. innerhalb der Gewerkschaften zu erfolgen hat, so werden auch wir mit allen anderen auf den Scheiterhaufen der Betriebsrätezentrale geschleppt. Nicht! Müller führt als erster das Feuer!

Doch beruhigen wir, uns die Männer beim Handwerk einmal etwas näher zu betrachten und die Argumente zu prüfen, die gegen unsere Stellungnahme ins Feld geführt werden. Wenn Monare jünger ins Land, seit der letzte Verbandstag in Stuttgart seine Beschlüsse fällte, die Organisation auf revolutionären Kampfboden stellte und die Arbeitgemeinschaften ablehnte. Nicht lange dauerte es und es zeigten sich die offenen Gegensätze, nachdem die vorletzte erweiterte Beiratsitzung beschlossen, daß die Wahl der Betriebsräte eine Aufgabe der Gewerkschaften sei und einheitlich und geschlossen gegenüber unseren gegnerischen Organisationen zu erfolgen habe. Das sagte den Anhängern der Berliner Betriebsrätezentrale natürlich nicht in den Kram. Doch noch hielt man von jener Seite mit der offenen Kampfsprache gegen uns zurück. Allerdings nicht lange mehr. Die letzte erweiterte Beiratsitzung unseres Verbandes beschloß mit überwältigender Mehrheit, daß die Zusammenfassung der Betriebsräte durch die Gewerkschaften erfolgen müsse. Das schlug dem Rat den Boden aus. Der „Arbeiter“, das Organ der Betriebsrätezentrale, schrieb anschließend an die vom erweiterten Beirat beschlossenen Nichtin, daß immer mehr die Einheitsfront Leugen-Aufhäuser-Dignität hergestellt sei zu dem Zweck, den Betriebsräten das revolutionäre Rückgrat zu brechen. Es werden die Kollegen im Lande aufgeputzt und der Vorstand unseres Verbandes verächtlich. Dabei sind es die Gewerkschaften, die den Betriebsräten erst das nötige Rückgrat geben. Wir sollen den vom Stuttgarter Verbandstag festgesetzten Kampfboden verlassen haben, und der Arbeitgemeinschaft genähert, wenn nicht gar schon in ihr aufgenommen sein. Wie steht's nun in Wahrheit damit?

Der Vorstand hat die ihm vom letzten Verbandstag geteilt Richtlinien (er war ja selbst dabei!) keinen Augenblick verlassen. Wir denken nicht daran, uns der Arbeitgemeinschaft zu nähern, geschweige denn ihr beizutreten. Dafür sei nur ein Beweis unter vielen aus der jüngsten Zeit angeführt. Vor einigen Monaten trat der Eisenwerkverband ins Leben. Wichtige Fragen, die auch für die Arbeiterklasse und in erster Linie für die Metallarbeiter von größtem Interesse sind, werden dort entschieden. Doch die Verordnung über die Zusammenfassung der 72 Personen zählenden Vorkommens des Eisenwerkverbandes sieht vor, daß die Arbeitnehmervertreter durch die Zentralarbeitsgemeinschaft bestimmt werden. Der Vorstand des D.M.V. lehnte eine Ernennung der Vertreter unserer Organisation durch die Arbeitgemeinschaft ab. Für ihn gibt es nur eins: seine Vertreter dürfen in keiner Weise mit der Arbeitgemeinschaft identifiziert oder gar von ihr direkt oder indirekt abhängig sein. Das haben wir auch bei allen Verhandlungen, die in dieser Angelegenheit stattfanden, klipp und klar zum Ausdruck gebracht. Ähnlich liegt's beim vorbereitenden Reichswirtschaftsrat. Auch zu dieser Körperlichkeit werden die auf Arbeitnehmer entfallenden Vertreter durch die Arbeitgemeinschaften bestimmt. Das lehnt unsere Organisation ab, sie kämpft mit allem Nachdruck dagegen an, daß die Einräumung von Vertretern in wichtige Körperlichkeiten von der Arbeitgemeinschaft abhängig gemacht werden soll. Überflüssig zu betonen, daß für Vertreter unserer Organisation, wenn sie in solchen Körperlichkeiten sitzen, nur eins in Frage kommen kann: die Interessen der Arbeiterklasse vom Boden des revolutionären Klassenkampfes aus zu vertreten. Die entscheidende ablehnende Haltung, die unsere Organisationsleitung gegenüber den Arbeitgemeinschaften einnimmt, hat nun dahin geführt, daß man auch in den Kreisen der Regierung einsehen muß, daß so die Dinge nicht bleiben können. Und so erhielt denn der Verbandsvorstand vom Reichswirtschaftsministerium vor einigen Tagen ein Telegramm, das u. a. folgendes besagt:



Entwurf betreffend Änderung Verordnung Eisenwirtschaft wird nächste Woche vorläufig dem Reichswirtschaftsrat vorgelegt. Entwurf enthält Bestimmungen, wonach auf Metallarbeiter-Verband entfallender Teil der Mitglieder durch Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund ernannt wird. Beim Aufbau endgültigen Reichswirtschaftsrates wird, diesbezüglich vorgeschlagen, nur diejenigen Gewerkschaften Arbeitsgemeinschaften vertreten zu lassen, die sich diesem angeschlossen haben, den anderen Gewerkschaften soll die Möglichkeit unmittelbarer Vertretung gesichert werden. Reichswirtschaftsminister Dr. Brüning.

Aus dem Telegramm geht hervor, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband sein Recht auf eine Vertretung in wichtigen Körperschaften erhält unter voller Wahrung seines die Arbeitsgemeinschaften abzeichnenden Standpunktes. Diese Tatsachen vergleiche man mit der Verleumdungskampagne, die planmäßig und von bestimmter Seite gegen uns geführt wird, um uns des Abwechslens vom Boden der Stuttgarter Verbandstagsbeschlüsse zu bezichtigen.

Unfalsch ist es auch, zu behaupten, daß durch die Zusammenfassung der Betriebsräte durch den A.D.G.B. und die Kfa die Betriebsräte Werkzeuge der Arbeitsgemeinschaften würden. Die Betriebsräte haben mit den Arbeitsgemeinschaften nichts zu tun. Die Kollegen wissen, daß wir zu den Beschlüssen des Münchener Gewerkschaftsfortschritts (Arbeitsgemeinschaften u. a.) in schärfstem Gegensatz stehen, daß wir vor, während und nach Nürnberg die von Karl Legien verfolgte Politik aufs entschiedenste bekämpfen. Doch das darf uns nicht dazu verleiten, nun alles, was vom A.D.G.B. kommt, mit hysterischer Gesinnung zu empfangen und, ob es paßt oder nicht, in die Schablone „Arbeitsgemeinschaft“ hineinzuzwängen zu versuchen. Wer solche kindische Versuche macht, verfällt sehr bald der Lächerlichkeit.

Doch betrachten wir einmal die Verfechter der Betriebsrätezentrale in ihrer ganzen Konsequenz. Wenn sie den Namen Karl Legien über dem A.D.G.B. hören (dem sie, nebenbei bemerkt, selbst als Mitglieder angehören, soweit sie freigewerkschaftlich organisiert sind), rufen sie schon ganz aus dem Häuschen und betzugen sich. Nun nicht mit Legien und dem A.D.G.B. zusammen. Das ist Verrat am Sozialismus, Konterrevolution, reaktionär usw. Da lohnt es sich, mal nachzuschauen, mit wem denn die Verfechter einer selbständigen Betriebsräteorganisation die Revolution zum Siege führen, den Sozialismus verwirklichen wollen. Für die selbständige Betriebsräteorganisation gilt auch das Hauptwort: „Sobald das Geld im Rollen liegt, die Seele aus dem Hergeweit in den Himmel springt.“ Denn die Betriebsrätezentrale rühmt sich, alle Betriebsräte, gleich ob A.D.G.B., R.P.F., U.S.P., S.P.D., Zentrumler, Demokraten, Christliche, Jüdische oder gar geistlich Angehörige in der „Einheitsorganisation“, der selbständigen Betriebsräteorganisation zu vereinigen. So könne das Proletariat zu einheitlicher Aktion usw. Das ist natürlich blühender Unsinn. Doch er wird verzapft. Galtten wir die „Bogier“ sei mit Karl Legien und dem A.D.G.B. kommt man nicht zum Sozialismus, identifiziert sich mit der Arbeitsgemeinschaften usw., doch mit den wütendsten Gegnern des Sozialismus (Christlichen, Jüdischen, Dunderschen usw.), die nebenbei bemerkt auch warme Verfechter der Arbeitsgemeinschaften sind, setzt man sich zusammen und rühmt sich seiner Tat.

Gewerkschaften vor. Beht die Beteiligung an Leitung des physiologisch mindestens notwendigen Kalorienbedarfs für den Monat Juni bekanntgegeben worden. Danach heißt sich der Bodenbedarf eines einzelnen Mannes im Juni auf 68 M, für ein kinderloses Ehepaar auf 115 M und für ein Ehepaar mit einem Kinde von 7 bis 12 Jahren auf 135 M. Die entsprechenden Zahlen für Mai lauteten auf 70, 116 und 137 M. Auf ein Jahr berechnet, stellen sich die Ausgaben im Februar für einen Mann allein auf 3278 M und im Juni auf 3528 M. Die Ausgaben sind also seit Februar ziemlich bedeutend gestiegen, während sie gegenüber April und Mai eine gewisse Ermäßigung erfahren haben.

Der Eisenwirtschaftsrat hat in der Tat die Preise etwas erniedrigt, wenn auch in durchaus unzureichendem Umfang. Lys.

### Die wirtschaftliche Lage in der zweiten Juliwoche

Inzwischen ist der Abschluß der Reichsbank für Ende Juni 1920 bekannt geworden. Demnach ist der Notenumlauf wiederum angestiegen, und zwar um 2,3 Milliarden gegenüber der Vorwoche auf insgesamt 53,97 Milliarden. Gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres hat sich der Notenumlauf von 29,97 auf 53,97 erhöht, also fast verdoppelt. Die Notenpresse wird also immer weiter angepumpt. Ob unter dem Einfluß dieser Tatsache oder unter der Wirkung der spannenden Verhandlungen in Spa, auf jeden Fall ist es eine Tatsache, daß der Kurs des deutschen Geldes in der letzten Woche etwas herabgegangen ist. Es stellen sich nämlich die Devisenkurse:

omliche Devisenkurse	7. Juli	Ortel	15. Juli	Stief
Amsterdam-Rotterdam	1326,15	1328,85	1366,1	1368,9
Brüssel-Antwerpen	341,15	341,85	340,1	342,5
Christiana	636,85	638,15	649,2	650,6
Kopenhagen	621,85	623,15	649,3	650,6
Stockholm	823,15	829,85	861,6	860,4
Helsingfors	159,80	160,20	157,8	158,2
Paris	228,75	229,25	229,7	230,2
London	148,60	148,90	151,5	151,8
New York	37,60	37,70	38,6	38,7
Wars	320,65	321,35	319,6	320,3
Schwiz	674,30	675,70	685,3	686,7
Spanien	600,40	601,60	616,3	617,9
Wien (alt)	22,47	22,53	21,5	21,5
Wien (deutschl. abgestemp.)	25,97	26,03	25,9	26,0
Prag	84,90	85,10	85,3	85,5
Budapest	23,62	23,68	23,2	23,3

Was die Lage der Industrie betrifft, so befand sie sich auch zum Teil unter dem Eindruck der Konjunktur von Spa. So wird beispielsweise in der „Industrie- und Handelszeitung“ über die Lage des geschäftsjährlichen Eisenmarktes berichtet, daß dort ein völliger Geschäftstillstand eingetreten sei. Man fürchte ein Defizit der Entente und, falls Frankreich tatsächlich auf seine Forderungen besteht, so würde das von unabsehbaren Folgen begleitet sein, da die Arbeiterschaft angeblich erlückt haben sollte, daß sie jede Überschicht vermeidern würde. Unter diesen Umständen, berichtet weiter diese Zeitung, ist die Zurückhaltung aller interessierten Kreise am Eisenmarkt verständlich und es ist noch fraglich, ob die voranschreitend am 1. August in Kraft tretenden neuen Eisen- und Stahlpreiserhöhungen dem Geschäft einen stärkeren Anhalt werden geben können. Jedenfalls tritt am 25. ds. Mts. der Eisenwirtschaftsbund zu einer Tagung zusammen, in der voraussichtlich diese Preiserhöhung zum Beschluß erhoben werden dürfte. Das Exportgeschäft habe in der letzten Zeit sehr stark nachgelassen. Recht empfindlich ist die Geschäftslage bereits am Kleinfabrikat geworden, dort hat das Exportgeschäft recht wesentlich nachgelassen. In der eisenerzeugenden Industrie zeigt sich ebenfalls ein weiterer Gang zu Preiserhöhungen.

Wägt sich die politische Lenzung dieser Werbung deutlich merken, der Wunsch, einen Blick nach Spa zu geben, so darf man auch zugestehen, daß die Geschäftslage, abgesehen von dem stillstehenden Export, in allgemeinen nicht besonders gut sein kann, da der innere Hauptverbraucher der Eisenindustrie, die Bauwirtschaft, so gut wie völlig stillsteht. Das „Metallarbeiterblatt“ vom 30. Juni veröffentlicht interessante Angaben über die Bauwirtschaft in den ersten 3 Monaten 1920. In den Gemeinden von über 50 000 Einwohnern wurden etwa 1250 neue Gebäude errichtet, wovon etwa 800 Wohnhäuser sind (Mehrfamilien- und Einfamilienbauten nicht eingerechnet). Es wurden etwa 351 Häuser mit 4 Wohnungen, etwa 80 mit 13 bis 20 Wohnungen. Es wurden im ganzen etwa 6000 neue Wohnungen geschaffen, davon etwa 1150 mit 2 Zimmern und 4000 mit 3 bis 4 Zimmern. Diese Zahlen beweisen, wie gering die Bauwirtschaft der letzten Monate gewesen ist, und machen den Stillstand in der Nachfrage ganz erklärlich.

Ähnliche Nachrichten kommen aus der englischen Eisen- und Stahlindustrie, obgleich hier die politischen Momente wegfallen, da Englands Industrie keine Gefahr droht. Die „Deutsche allgemeine Zeitung“ meldet: Nach den letzten zuverlässigen Nachrichten aus England ist man dort gänzlich im Unklaren über die Zukunft des Eisen- und Stahlwarenmärktes. Man weiß nicht, ob ein Preisrückgang oder eine Erigerung zu erwarten sei, weshalb man zurzeit mit Rückschlüssen sehr vorsichtig und zurückhaltend ist. Rohstoffe erfuhr vorläufig noch eine Preissteigerung, in Nordamptonshire eine solche von 15 Schilling pro Tonne und in Staffordshire und in Derbyshire eine solche von 1 Pfund pro Tonne.

Inzwischen sind die Zahlen über die Kohlenförderung im ersten Halbjahr bekanntgegeben worden. Danach stellte sie sich auf 41 Millionen Tonnen gegenüber 31,56 Millionen Tonnen im Vorjahre und 56,06 Millionen Tonnen zur gleichen Zeit 1914. Von Anfang 1920 bis Juni 1920 ist die Kohlenförderung von 6,63 Millionen Tonnen im Januar auf 7,45 Millionen Tonnen im Juni gestiegen. Vor einigen Tagen sind die Angaben des Professors Silbergleit über die Kosten des Ernährungsbedarfs in Berlin unter Zugrunde-

### Wirtschaftskrise und Lohnabbau

(Fortsetzung.)

Zum kurzen Nachweis dafür, daß in allen kapitalistischen Ländern gegenwärtig eine scharfe Wirtschaftskrise eingeleitet hat, sei auf einen amerikanischen Finanzbrief vom 3. Mai 1920 des Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung“ in New York verwiesen. Er schreibt:

Deflation ist das Schlagwort des Tages. Davon erwartet man sich die Wiederkehr der guten alten Zeit vor 1914, da der Dollar noch einen Dollar wert war und nicht wie jetzt 30 Cts. Die Einschränkung der Kreditgewährung soll nun der weiteren Ausdehnung der gewerblichen Betriebe entgegenarbeiten, damit also auch dem Wettbewerb der Unternehmer um Materialien und Arbeitskräfte. Mit geringerer Nachfrage sollen dann Preise und Arbeitslöhne zurückgehen, hofft man.

Damit vergleichen wir nun eine Darlegung in der Frankfurter Zeitung vom 17. Mai 1920, welche in einem Artikel die Abflachung im amerikanischen Geschäftsleben untersucht und zu folgendem Vergleich für die japanischen Verhältnisse kommt:

In ihren Ursachen gleicht sie (die amerikanische Krise) jedoch sehr der japanischen Krise, die Folge nämlich eines Periodes scharfer Produktionssteigerung und Konjunkturlage, die in vielen Fällen zu übertriebenen Spekulationen und Kreditüberspannungen reizte.

Das Bild wird vollständig, wenn wir noch auf Ausführungen über „Wirtschaftskrisen“ in der Bayerischen Staatszeitung vom 27. Mai verweisen:

Der Arbeiter wehrt sich gegen den Abbau des Lohnes, da ihm der gesteigerte Geldwert bis jetzt noch keine Erleichterung der Lebensbedürfnisse gebracht hat. Er kauft keine Rohstoffe, sondern Fleisch und Brot, Kleider und Schuhe. Gätte die Industrie auf die Scheinblüte der hohen Konjunkturgewinne verzichtet, so hätte sie auf den Abbau der Lebensmittelpreise dringen können.

In allen Ländern tritt die Hauptnatur des Kapitalismus mit ihrer gier nach Konjunkturgewinnen hervor. Repten Endes sind so die leitenden Köpfe des internationalen Kapitals nur wenige. Welche in Deutschland, wenige in der Welt. Die Entwicklung der Wirtschaftsverhältnisse wird von ihnen geleitet, beeinflusst, je nach Gutdünken. Es gebieten über Wohl und Wehe, über Lob und Wehen hin verantwortlichen Staatsmänner aller Länder nur als Puppen, die sich mit denjenigen Verhältnissen, wie sie die Vertreter des übermächtigen Kapitals schaffen, abfinden müssen. Was bedeutet heute ein deutscher Minister gegenüber einem Hugo Stinnes? Stinnes ist gegenwärtig der Charaktertyp des deutschen Industrieherrn. Seine Person näher zu beleuchten, heißt ein Kapitel der deutschen Wirtschaft aufschlagen. Das Stammland Stinnes ist der Bergbau und das Südtirol. Seine Erntebäcker hat ihn dazu geführt, daß er in ungezählten Unternehmungen mit Millionen Kapital entscheidend beteiligt ist. Hier seien nur etwa 20 Unternehmungen angeführt, in welchen Stinnes neben seinem eigentlichen bodenständigen Gebiet maßgeblichen Einfluß ausübt: Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke, A.-G. Rheinische Elektrowerke, Wildermannwerke, Chemische Werke, Lieh-Werke, Motoren, Sappag, Hamburg-Amerika-Paketschiff-Gesellschaft, Boermann, Neeberei, Ostafrika, A.-G. Hugo Stinnes, Hamburg, Handelsgesellschaft, Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-A.-G., Metallwerke A.-G. in Oise, Metallwerke A.-G. in Oving, Gesellschaften Bergwerks-A.-G., Buch- und Zellstoffgewerbe Hugo Stinnes, Berlin, Norddeutsche Buchveredelung und Verlagsanstalt A.-G., Deutsche Allgemeine Zeitung, Zellstofffabriken Königsberg, Königsberger Kohlen-Import-A.-G., Bede Ditzgardt, Köln, G. m. b. H. Hillehausen, Papierfabrik.

Kohle, Erze, Eisen, Maschinen, Papier, Presse, das sind die Gebiete, auf welchen Stinnes tätig ist. Die neueste Entwicklung der Stinneschen Kapitalmacht nimmt ihre Richtung auf die Beherrschung der Presse. Damit wird Stinnes zum eigentlichen wirtschaftlichen und politischen Machtdoren Deutschlands. (Inzwischen ist Stinnes als Reichstagsabgeordneter gewählt worden.) Wirtschaftlich durch seine großen Unternehmungen, politisch durch die Aneignung der Presse.

Dieser Mann fühlt nicht, daß sein Wirken und Schaffen eine öffentliche Angelegenheit geworden ist, daß er den Maßstab des sich rechnenden Egoismus allein nicht mehr anlegen darf. Er legt seine Energie und Tüchtigkeit sogar in Formen und bei Dingen ein, wo solche Einseitigkeit wahrhaft gemeinschädlich wird, so jetzt wieder in der Kohlenpreissfrage. Er hat durch die famose Arbeitsgemeinschaft die Arbeiter ganz in seinen Mann bekommen.

Wir sind der festen Hoffnung, daß alle Kollegen sehr bald das Trauerpiel erkennen, das seitens der Betriebsrätezentrale mit ihnen getrieben wird. In verschiedenen Nummern der Metallarbeiter-Zeitung wie der Betriebsräte-Zeitschrift für die Funktionäre der Metallindustrie (die wir jedem Kollegen zum fleißigen Studium nur empfehlen können) haben wir nachgewiesen, daß wir daran festhalten müssen, die Betriebsräte durch die Gewerkschaften zusammenzufassen und zwar:

1. weil die Aufgaben der Betriebsräte mit denen der Gewerkschaften zusammenfallen.
2. weil wir als revolutionäre Gewerkschaft mit den Betriebsräten den revolutionären Klassenkampf gemeinsam vorwärts tragen und gemeinsam den revolutionären Aufgaben begegnen wollen, die an uns gestellt werden.

Kammermehr werden wir uns mit der bescheidenen Rolle begnügen, die uns die Betriebsrätezentrale „wohlwollend“ zumeist nicht mit launischen und anderen untergeordneten Arbeiten werden wir uns im revolutionären Prozeß befleißigen, sondern so wie wir die ganze Kraft der Gewerkschaften einzusetzen haben in den entscheidenden Kämpfen mit dem Kapital, so müssen die revolutionären Gewerkschaften die natürlichen Träger im wirtschaftlichen Umwälzungsprozeß werden, um den Kapitalismus zu beseitigen und an seine Stelle eine sozialistische Wirtschaftsform aufzurichten. So wollen wir es halten.

Und wenn jetzt ein neues Feuer angezündet wird, wenn in Berlin, Hamburg und anderen Orten der U.S.P.-Gewerkschaften, darunter selbstverständlich in erster Linie den Vorstandsmitgliedern unserer Organisation von Vertretern der Betriebsrätezentrale angedroht wird, daß sie auf dem kommenden Parteitag der U.S.P. ihren Ausschluß aus der Partei zu erwarten hätten, wenn sie es nicht vorziehen würden, selbst die Konsequenzen zu ziehen, falls sie nicht vorher vor der Betriebsrätezentrale Order parieren, so wollen wir diese Reaktion für heute nur festzeichnen. Uns schrecken solche Drohungen nicht. Den Kollegen im Lande aber rufen wir zu: Wartet darauf, was geschieht wird. Wartet die Geschlossenheit und Einigkeit der Organisation. Führt die Geschlossenheit der erweiterten Beirates reiflos durch und nehmt die Zusammenfassung der Betriebsräte in den

### Aus der Gewerkschaftsbewegung in Sowjetrußland

#### VI. Regulierung der Arbeitslöhne.

Die Regulierung der Arbeitslöhne erfolgt auf dem Wege der Gesetzgebung. Alle Industrien, alle Berufe und Gewerbe sind in Gruppen eingeteilt je nach dem Grade der Schwere, Komplexität und Casualität der Arbeit. Das ganze Land ist in Zonen je nach der Lage der betreffenden Orte eingeteilt. Kosten werden regelmäßig alle 10 v. H. gesetzt und während der Wertschwankung für Eisen bis auf 60 v. H. heraufgehoben, erhöht er sich für Petersburg auf 120 v. H. im Verhältnis zu Moskau.

Die ständig wachsende Löhnerhöhung hat schon Angst die russischen Arbeiter vor dem Problem der Regulierung der Arbeiter in Notzeiten gestellt. Klein der Notmangel, der jetzt herrscht, läßt eine Lösung dieses Problems nur schwierig zu. Die in der ausgeübten Löhnerhöhung einer solchen Unmöglichkeit als als Erfolg für diese Naturerzeugnisse, die der Staat ausstellt. Der gewaltige Krieg, der wir bisher geführt haben, hat uns nicht nur noch Kräfte, um die Organisation der Produktion aufzurichten, um den Bedarf der Bevölkerung der Arbeiterklasse zu befriedigen. Dieser Arbeiter alles für den Krieg. Nun haben wir die langwierigen Arbeitslöhne für die Herstellung der Lebensmittel in Rußland gewonnen, sowie auch für den Transport des Brennmaterials und der Rohstoffe jeder Art, welche für die Industrie unentbehrlich sind. Die Betriebsräte zu Bewältigung der Produktionsaufgaben zu gewinnen. Die Bewältigung der Erzeugnisse erleichtert die Durchführung des Systems der Rationalisierung für die Arbeit.

Alle Gewerkschaftsorganisationen in unserem Lande werden die weitere Regulierung der materiellen Lage der Arbeiter von der Entwicklung der Produktionskräfte unserer Republik abhängig. Und in diese Hinsicht maniert uns jeder unvorsichtige Mensch auf. In diesem Punkte haben wir in unserer Revolution das System der gemeinsamen Entscheidung eingeführt sowie die Einmütigkeit von Individuen der kollektiven Erhebung der Produktion. Die Festlegung der Solidarität wird von Sowjetrußland durch die Arbeiter einer Fabrik ermöglicht. Abhängigkeitskommissionen bestimmen. Die Kommissionen werden ebenfalls von den Arbeitern und den Fabrikherren zusammen mit Fabrikkomitees organisiert und von den Generalsekretären der Gewerkschaftsorganisationen beauftragt.

### Internationale Aufgaben.

Mitten in seiner allseitigen Arbeit, in den Tagen des großen revolutionären Kampfes, den das ganze Rußland der Arbeiter und Bauern gegen die internationale Konterrevolution führt, beobachtet das russische Proletariat wachsam und aufmerksam den Kampf der Arbeiter aller Länder. Bisher waren wir nicht imstande, mit den proletarischen Organisationen Europas und Amerikas in Verbindung zu treten, was aus jener Plutokratie und Okkupation der Grenzgebiete resultiert, die bis in die letzten Tage des Februars dieses Jahres andauert haben. Abgesehen von jeder Verbindung mit dem Ausland beschloßten wir immerhin manchmal, mittels der drahtlosen Telegraphie mit den Arbeiterorganisationen in Verbindung zu treten, und wir waren außerordentlich glücklich, wenn wir erfahren, daß unsere Stimme gehört wurde.

Die Gewerkschaftsorganisationen konnten ihren Beifall, einen internationalen Kongress der Gewerkschaftsorganisationen in unserer Republik auszurufen, nicht durchzuführen. Die einzelnen Verbände und auch der allrussische Zentralrat der Gewerkschaftsorganisationen haben mehrmals vorgeschlagen, ihre Vertreter nach dem Ausland zu senden, um Anstöße zu erhalten und Verbindungen anzuknüpfen. Allein infolge der militärischen Lage blieben diese Wünsche unerfüllt.

Unsere Gewerkschaftsorganisationen haben dem internationalen Kampf der Arbeiterklasse und den zu diesem Zweck geschaffenen Organisationen eine sehr hohe Bedeutung beigegeben. Alle unsere Handlungen, all unsere Tätigkeiten und Politik sind von der internationalen Idee durchdrungen. Die Interessen des Weltproletariats, die Entwicklung seiner Willens und seiner Kräfte, seines Kampfes ist immer unser Leitstern gewesen. Nur Frage einer internationalen Verbindung des Proletariats haben wir uns immer bewußtlich gekannt. Die Vergangenheit befriedigt uns nicht, sie bietet uns aber keine Erfahrungen und Lehren.

Vor nicht langer Zeit, vor 5 Jahren, zählte das internationale proletarische Proletariat etwa 10 Millionen organisiert Arbeiter. Von diesem Runden ergibt sich eine beträchtliche Zahl, welche zwischen den Kampf beider Weltkriege leisteten. Aber dann brach der gewaltige Krieg aus, der uns bereits viele Jahre zuvor vorausgeschickt hatten und gegen welchen alle Arbeiterklasse Revolutionen angenommen haben. Und dennoch stand die Festlegung der Arbeiterorganisationen auf der Erde ihrer Bewegung und verriet den demokratischen Begriff der gemeinsamen Interessen des Weltproletariats.

Während des ganzen Krieges haben die Gewerkschaftsorganisationen mit den Kapitalisten zusammengearbeitet; die Führer und Bürokraten haben den Generalstab des ersten Weltkrieges geleitet in der Organisation der gegenseitigen Ausrottung der Arbeiter und der Verdummung ihrer Köpfe mit betrügerischen Lösungen.

Jetzt nach dem imperialistischen Krieg, der die ganze demokratische Welt vom Krieg und die ganze Weltmüdigkeit im Behalten der offiziellen Vertreter der Arbeiterorganisationen entschleiert hat, erhebt sich vor uns die Frage: Welchen Weg wird die internationale Gewerkschaftsbewegung beschreiten? Wird sie den Weg des Klassenkampfes nehmen oder wird sie fortfahren, unter verschiedenen Maskierungen die Arbeiterschaft mit der Bourgeoisie, die Solidarität der Klassen, das gemeinsame Interesse der Arbeiter und Ausgebeuteten zu predigen? Wird sich die Gewerkschaftsbewegung bemühen, die tatsächliche revolutionäre Lage sowie die Bestimmung der Arbeiter jener Länder, welche die herbe Schule des Krieges, der Not und Armut durchgemacht haben, zu benutzen, um ihren Kampf gegen den Kapitalismus zu kräftigen und zu verbreiten?

Die Wirklichkeit gibt uns schon deutliche Antwort. Nach vielen Jahren schändlichen Benehmens sind die alten Führer und Bürokraten der Gewerkschaftsorganisationen noch immer die Gefangenen der Bourgeoisie. Statt einer selbständigen, unserer Klasse dienenden Tätigkeit sehen wir fortwährenden Betrug, fortschreitende Arbeiterschaft mit den kapitalistischen Regierungen. Statt der internationalen Organisation der Kampfes wird die Organisation des Weltbetruges aufgeführt unter der Flagge aller möglichen Washingtoner und sonstiger Kommissionen, durch eine Abstellung der Arbeit im Stillstand usw., was die Vertreter des internationalen Opportunismus genädigt als ein Mittel zugelassen werden.

Eine solche Politik verpöchtelt. Und so sehen wir, wie die alten Führer der Gewerkschaftsorganisationen in jeder Weise sich bemühen, den Kampf zu vermeiden, wie sie versuchen, alles zu tun, um jeden scharfen Konflikt frankheitsvoll und friedlich auszugleichen, ohne großen Streit mit den Kapitalisten und ihren Regierungen. Was geschieht in dem Augenblick, wo der Aufwand der Arbeiter und Kapital eine solche ungeliebte Tiefe erreicht hat. Die alten opportunistischen Führer sind tatsächlich geistige Klaven ihrer Regierungen, ihrer Bourgeoisie geworden. Die Arbeiterklasse und die Gewerkschaftsorganisationen müssen einer solchen Politik ein Ende machen. Sie müssen sich von der bürgerlichen Vormundschaft und den demokratisierten bürokratischen Führern befreien. Eine Bewegung in



So urteilt die bürgerliche Frankfurter Zeitung über Stianes. Nach diesen Darlegungen wollen wir einige Streiflichter werfen auf den gegenwärtigen Stand wichtiger deutscher Industrien. Die Lage der Industrie ist angeblich seit langem verheerend. Auf der am 7. April 1920 tagenden Mitgliederversammlung des Arbeitgeberverbandes der chemischen Industrie hat der Geschäftsführer unter anderem ausgeführt:

Man mag sich zur Revolution vom 9. November 1918 stellen wie man will, der wirtschaftlichen, vorurteilsfreien Betrachtung muß Entsetzen paden, wenn er die Schulbilanz des Vertriebsjahres zieht. Dem militärischen und politischen Zusammenbruch im Jahre 1918 folgte im abgekauften Jahre die Umwälzung der Wirtschaft, der Emanzipationskampf des vierten Standes, die beispiellose Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit. Die bestehende Wirtschaftsordnung wurde vernichtet und der Sozialismus gegenüber dem individualistischen Kapitalismus gefordert. Desgleichen wurde die bisherige Wirtschaftsordnung mit ihrer Gleichberechtigung aller Stände vernichtet und an ihrer Stelle die Diktatur des Proletariats gefordert. Wenn wir der sozialen Entwicklungsprozesse in unserem geistigen Auge vorüberziehen lassen, so ergeben sich zwei wesentlichen Hauptforderungen, die sich im Laufe des Vertriebsjahres auch innerhalb unseres Verbandes mit immer größerem Nachdruck geltend machten:

1. Höhere Beteiligung am Arbeitsvertrag, die sich in einer fortgesetzten Lohnbewegung äußerte,
2. Größerer Anteil an der Leitung des Produktionsprozesses.

Um nun die Probe aufs Exempel zu machen, wollen wir einmal die Schulbilanz bedeutender Firmen der chemischen Industrie für das Jahr 1919 betrachten. Aus dem Geschäftsbericht 1919 der Farbenfabriken Friedrich Bayer & Co., Leverkusen, ist zu entnehmen, daß trotz Kohlennot und dem Mangel an Rohstoffen, die zu erheblichen Preissteigerungen genötigt haben, der Reingewinn für das Jahr 1919 bei 7 Millionen Mark Abschlüssen und 8 Millionen Mark sonstiger Erlöse noch 27.221.000 M betrug, das ist gegenüber dem Jahre 1918 eine Erhöhung des Reingewinns um rund 16 Millionen Mark. Das Aktienkapital dieser Gesellschaft beträgt 130 Millionen Mark. Mit diesem Grundkapital wurde im Jahre 1919 ein Bruttoertrag von rund 45 Millionen Mark erzielt. Die Dividende betrug im Jahre 1918 12 v. H., im Jahre 1919 18 v. H. Bei der A. G. Seltz & Co., Dresden, ergab sich im Jahre 1919 auf Waren usw. ein Gewinn von 6.453.296 M. Die Aktiäre erhalten 30 v. H. Dividende, gegenüber 15 v. H. im Vorjahre. Die Farbenwerke Meister, Lucius & Wilmanns, Höchst a. M., beklagen sich im Geschäftsbericht für das Jahr 1919, daß wegen Kohlenmangel der größte Teil der Produktion stilllag. Trotzdem ergibt sich ein Gesamtgewinn von 46.420.000 M bei 130 Millionen Stammaktien. Die Dividende liegt bei 12 auf 14 v. H.

Die Badische Anilin- und Sodafabrik, Ludwigshafen, erzielte bei 180 Millionen Stammaktien einen Gesamtgewinn von 115.453.877 M. Davon werden 60 Millionen für Abschreibungen verwendet, 16 Millionen als Dividende ausgeschüttet (18 v. H. Dividende gegenüber 12 v. H. im Vorjahre) und 3 Millionen Mark erhalten die Aufsichtsratsmitglieder. Bei solch fabelhaften Gewinnen hat die Geschäftsleitung noch den Mut, in ihrem Bericht darüber zu klagen, daß die Löhne und Gehälter ins Ungemessene gestiegen seien.

Eine weitere Erhöhung der Verkaufspreise, wie sie zur Deckung der immer noch stark steigenden Erzeugungskosten erforderlich wäre, stoße im In- und Ausland auf Schwierigkeiten.

So äußert sich das Unternehmen bei 115 Millionen Gesamtgewinn und 180 Millionen verbundene Stammkapital. Die Aktien-Gesellschaft für chemische Industrie, Bensheim, verteilt nach dem Geschäftsbericht 1919 25 v. H. Dividende, gegenüber 16 v. H. im Vorjahre. Die chemischen Werke Brodhag u. G., Niederwalluf, arbeiten mit einem Stammkapital von 3 Millionen und erzielten dabei einen Reingewinn im Jahre 1919 von 1.079.000 M, Dividende 25 v. H. gegenüber 8 v. H. im Vorjahre 1918.

Die Geschäftsweltung der Chemischen Fabrik Geiselsheim, Frankfurt a. M., äußerte sich im Oktober 1919 über den voraussichtlichen Jahresabschluss, daß die Dividende gegenüber dem Vorjahre (1918) nicht erreicht werden könne, selbst bei Heranziehung aller Gewinnreserven. Inzwischen haben sich aber die Ertragsverhältnisse bessert, so daß bei 25 Millionen Aktienkapital ein Gesamtgewinn von 19.847.884 M nachgewiesen wurde. Die A. G. für Anilinfabrikation in Berlin weist für das Jahr 1919 einen Gesamtgewinn von rund 24 Millionen Mark auf bei 88 Millionen Mark Kapital. Die Dividende beträgt 18 v. H., gegenüber 12 v. H. im Vorjahre. Der Geschäftsbericht weist darauf hin, daß das günstige Jahresergebnis keinen Rückschlag auf die normale Rentabilität des Unternehmens zulasse, weil es sich bei dem Abschluß um Konjunkturgewinne handelte.

So sehen die Geschäftsergebnisse in einer Industrie aus, deren Vertreter erklären, daß bei Betrachtung der Schulbilanzen den vorurteilsfreien Betrachter Entsetzen paden müsse. (Schluß folgt.)

### Reichskonferenz der Zigarettenmaschinenführer

Nach gründlicher Vorbereitung trat am 20. und 21. Juni 1920 die zweite Reichskonferenz der Zigarettenmaschinenführer in Dresden zusammen. Beschied war die Konferenz von 17 Delegierten aus den wichtigsten Zentren der Zigarettenindustrie. Vom Hauptvorstand nahm Kollege Tost teil, ferner waren einige Brancheneleiter anwesend sowie als Gäste Panofsky vom Transportarbeiterverband, Wenzel

dieser Richtung ist in allen Ländern vorhanden. Die Unzufriedenheit mit den Opportunisten und der verräterischen Politik der Führer der Gewerkschaftsorganisationen schafft innerhalb der einheitlichen gewerkschaftlichen Bewegung zwei Lager. Die Trennung hat begonnen. Und dieser gesunde Prozeß muß unbedingt mit dem Siege der Klassenkampfpolitik und der selbständigen Organisation der Arbeiterklasse enden.

Die Gewerkschaftsorganisationen der Räterepublik unterstützen mit all ihren Kräften und Mitteln den Befreiungskampf der europäischen und amerikanischen Verbände von dem geistigen Joch des Kapitals. Unsere Klassenorganisationen des Proletariats haben die politische Macht des Bürgertums und das wirtschaftliche Joch des Kapitals vernichtet, haben aber nicht nach der Reiche eines Comperes, eines Albert Thomas, eines Legien und sonstiger Stützen der bürgerlichen Klasse gehandelt. Millionen organisierter Arbeiter unseres Landes treten ein in die internationale Familie des kämpfenden Proletariats, um durch ihre Mitarbeit den Erfolg dieses Kampfes zu sichern und die angestammten Erfahrungen dieses Kampfes zwecks endgültiger Befreiung der Arbeiterklasse von den Ketten des Kapitals zu benutzen.

Unsere Gewerkschaftsorganisationen sind nie „neutral“ im politischen Bestrebungskampf der arbeitenden Klasse gewesen. Die gewerkschaftliche Bewegung in unserer Republik ist stets nur ein Teil der mächtigen proletarischen Strömung zum Sozialismus gewesen. Unsere Gewerkschaftsbewegung betrachtet wir nur als die eine Seite, einen Teil in der sozialistischen Bewegung im internationalen Maßstabe, die nur vereint mit der politischen Bewegung ein einziges Ganzes bildet. Unsere Organisationen bestehen darauf, daß diese Einheit der Ziele der politischen und wirtschaftlichen Bewegungen des Proletariats in der Schaffung eines internationalen Zentrums als eine Leitlinie des gesamten proletarischen Klassenkampfes zum Ausdruck kommt. Wir sind in dieser Sache keine Neuerer. Die erste proletarische Internationale, die von Karl Marx gegründet worden ist, war zu seiner Zeit ein solches einheitliches Zentrum des vielgestaltigen Kampfes der Arbeiterklasse. Und wir wollen auf dem Gebiete der Organisation diesem weisen Beispiel folgen. In dieser Weise werden wir die gewünschte Einheit der Taktik wie das Maximum des Erfolges erreichen.

In der neuen Zeit, die sich vor uns erschließt, müssen die internationalen Organisationen der Arbeiterklasse nicht die Rolle eines leitenden Büro oder einer Expedition für die Verbreitung von

dem Tabakarbeiterverband und Range vom Buchbinderverband, die Tagesordnung war sehr umfangreich.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung referiert Kollege Tost. Er geht auf Äußerungen der Vertreter des Tabakarbeiter-Verbandes, die sie in Erfurt in Bezug auf die Kündigung des Manteltarifis getan haben, ein. Sie behaupteten, daß die Maschinenführer in Dresden und Berlin gegen die Kündigung des Tarifis seien, was unverständlich ist, da der Tarif im Auftrag der Kollegen gekündigt wurde. Das Recht der Kündigung liegt auch einzelnen Organisationen zu, aber das notwendige Solidaritätsgefühl gegenüber den anderen Organisationen muß gewahrt werden. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß sich in Berlin und Dresden kein Kollege gegen die Kündigung gewandt habe. Durch Schaffung eines neuen Tarifes werden für die Kollegen verschiedener Städte bessere Bedingungen geschaffen werden, ebenfalls wird die Frage der Schichtarbeit geregelt werden können, da versucht wird, unter dem Vorzeichen großer Auslandsaufträge die Kollegen zur Schichtarbeit heranzuziehen. Der Vertreter des Transportarbeiter-Verbandes glaubt nicht, unter den obwaltenden Umständen einen günstigeren Tarif zu erzielen, keine Verbesserungen hätten ohne Kündigung erreicht werden können. Die Frage, ob einzelne Organisationen kündigen können, müßte er vernennen. Wenn alle Organisationen gemeinsam vorgehen, wird mehr erreicht. Vom Vertreter des Tabakarbeiter-Verbandes wurden die Maschinenführer als ein Strohputz bezeichnet, die auf Grund ihrer strengen Organisation mehr erreichen könnten, was den anderen Arbeiterkategorien noch nicht möglich sei. Gegen die Maschinenführer allein vor, so sei eine Kündigung für die Arbeiterklasse zu erwarten. Gemeinsames Handeln sei notwendig. Demgegenüber wurde festgestellt, daß die Maschinenführer, wenn die Unternehmer Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen planen, sich geschlossen hinter die übrige Arbeiterschaft stellen und Solidarität üben. Das Beispiel der Maschinenführer müsse anfeuernd und vorwärtsdringend wirken. Schichtarbeit muß unbedingt abgelehnt werden.

Das Ergebnis der Aussprache war: Die Maschinenführer billigen einmütig die Kündigung des Manteltarifis. Es dürfe keine Zuspitzung stattfinden, die durch übertriebene Forderungen zur Explosion führen könnten. Ohne Kündigung des Tarifis seien keine grundlegenden Verbesserungen zu erzielen. Ein gesondertes Vorgehen der Maschinenführer bei Tarifabschlüssen sei nicht beabsichtigt. Die Maschinenführer werden die Weiterbehandlung dieser Frage im vollen Einverständnis mit dem Vorstand führen.

Beim zweiten Punkt wurde ausgiebig die Frage der Behebung der Maschinen referiert. Bis jetzt war diese Frage nach den Richtlinien des Dresdener Vertrages geregelt. In verschiedenen Städten erfolgen aber leider erhebliche Abweichungen, teilweise werden mehr als die vorgeschriebene Anzahl von Maschinen bedient. Ferner sind sogenannte Maschinenführerinnen unter Aufsicht von Vorarbeiterinnen und Meistern tätig. Die Kollegen, die an den Richtlinien festhalten, haben einen schweren Stand dadurch, daß die Unternehmer unter Hinweis auf diese Abweichungen überall versuchen, die Zahl der zu bedienenden Maschinen zu erhöhen. Der Herr Direktor Nagel (München) in Firma Judan behauptete auf der Berliner Konferenz, in perfekter Maschinenführung könne 6-8 Straußmaschinen oder bis zu 10 Hülsen- und Stopfmaschinen bedient werden. Die Berliner Kollegen haben die Bestimmungen des Tarifis reslos durchgeführt, darüber hinaus noch zünftigeres Arbeitsverhältnis erzielt, als dem Dresdener Vertrag zugrunde liegen. In Breslau sei infolge Mangel an Maschinenführern gegen eine wöchentliche Entschädigung von 50 M die zweite Maschine mitbedient worden, vom 1. Juli ab wird das Bedienen der zweiten Maschine entschieden abgelehnt. Die Arbeitgeber in Hessen-Rassau lehnen die Forderung auf Lohnserhöhung ab, wenn die zweite Maschine nicht mitbedient wird. In Wiesbaden sind die Kollegen mit ihrer Forderung durchgegangen. Durch eine Kundfrage ist festgestellt worden, daß zum Beispiel in Erlar 10 Hülsen- oder 12 Stopfmaschinen, in München 8 Hülsenmaschinen bedient werden. In diesen Fällen ist anzunehmen, daß die Maschinenmädchen Arbeiten verrichten, die ihnen nicht zustehen. Die Regelung der Zulassungserlaubnis macht es schwierig, in einzelnen Städten den Mangel an Zigarettenmaschinenführern durch Zugang zu beheben. Während des Krieges sind die Verhältnisse bedeutend verschlechtert worden, doch gelang es langsam, wieder bessere Verhältnisse zu schaffen, auch die Maschinenführerinnen wieder auszumergen. Wie ungünstig die Verhältnisse lagen, beweist der Umstand, daß in 12 Stuttgarter Betrieben während des Krieges nur ein Maschinenführer tätig war. Dem Betarbeiter-System, das mit einem Einrichter und nur mit Mädchen die Maschinen bedient, muß durch einen Beschluß der Reichskonferenz ein Weite gerückt werden. Der Vertreter des Tabakarbeiter-Verbandes bittet, seinen Beschluß zu fassen, daß die Maschinenführerinnen die Plätze räumen müssen. Demgegenüber wurde festgestellt, daß es keine Maschinenführerinnen geben kann, sondern nur Hilfskräfte. Nur der sei als Maschinenführer anzusehen, der selbständig alle Arbeiten und Reparaturen ausführen kann.

Einmütig wurde folgende Fassung der Richtlinien angenommen: Als Maschinenführer gilt derjenige, welcher 4 einfache oder 3 Goldhülsen resp. Mundhülsen, 2 Goldhohlr resp. 4 Mundhülsenstopf- oder eine Straußmaschine oder 4 Goldbelegmaschinen Münchner Systems oder 3 Lip-Top-Maschinen bedienen kann, eventuell verschiedene Arten von Maschinen im Verhältnis der vorstehenden Zahlen so bedient, wie es der normalen Leistungsfähigkeit der Maschine entspricht. Voraussetzung ist jedoch, daß das zu verarbeitende Material sowie die Hilfsstoffe billigerweise den zu stellenden Anforderungen entsprechen. Die angeführte Zahl der Maschinen ist die Norm der zu bedienenden Maschinen.

Ebenfalls einstimmige Annahme fand folgende Entschöpfung:

Zeitungen in drei Sprachen spielen, sondern sie müssen die ganze Bewegung, den ganzen Kampf der arbeitenden Klasse leiten und führen. Nur unter dieser Bedingung werden sie wahrhaft international werden, nur mit diesen Methoden ist der Sieg der Arbeiterklasse und deren endgültige Befreiung vom Kapitalismus möglich.

Der bevollmächtigte Vertreter des allrussischen Zentralrats der gewerkschaftlichen Organisationen Sowjetrußlands, gez. A. Schlapnikoff.

### Anmerkung der Schriftleitung.

Nachdem der volle Wortlaut des Berichtes des Genossen Schlapnikoff wiedergegeben, der wohl von allen Kollegen mit Spannung und Interesse gelesen worden ist, gab er doch ein klares, durch keinerlei Tendenzen verzerrtes Bild der russischen Gewerkschaftsbewegung und ihrer Tätigkeit während der sozialen Revolution, müssen wir noch einmal auf den Kommentar, den Kollege Müller dem Bericht vorausgeschickte, zurückkommen. Ist es schon an sich sonderbar, einem Bericht seine Meinung in dieser Art vorauszuschicken, was nur von dem Wunsch diktiert sein konnte, den Lesern eine bestimmte Meinung aufzuzwingen, so werden die Kollegen, nachdem sie nun über die Tätigkeit der russischen Gewerkschaften informiert sind, sich ihr Urteil über die Beweggründe des Kollegen Müller gebildet haben.

In dem vorausgeschickten Kommentar wurde gegen die Betriebsräte-Tätigkeit des D. R. V., welche die entscheidenden Resolutionen und das Bestreben der russischen Gewerkschaftskongresse 1918 und 1919 verurteilt hatte, polemisiert und die daraus gezogenen Schlußfolgerungen als falsch hingestellt. Zum Schluß behauptete Kollege Müller noch: Die Gewerkschaften (in Rußland) sind die Organe der Betriebsräte. Die Arbeiter, Bauern- und Betriebsräte seien Gebilde, die über Partei und Gewerkschaften stehen. Wir überlassen das Urteil über diese Behauptungen den Kollegen selbst. Werden aber die entscheidenden Stellen der Resolutionen der Gewerkschaftskongresse Rußlands wiedergegeben, mögen sich die Kollegen dieselben sorgfältig ins Gedächtnis prägen, denn wir haben alle Ursache, bei der gegenwärtigen Organisationswirren in Deutschland und an praktisch jedem Problem eine Stütze zu suchen. Es wird heute niemand behaupten können, daß das russische Organisationsystem Schlußfolgerungen gelitten habe. Im Gegenteil, wir sind fest davon überzeugt, daß dieses System allen Stürmen und der Arbeiterklasse die Macht sichert.

Die Behebung der Maschinen durch sogenannte Maschinenführerinnen lehnt die Konferenz ab. Sie verlangt, daß darauf hingearbeitet wird, nur Fachleute, Werkzeugmacher, Schleifer, Mechaniker oder Dreher als Maschinenführer zu verwenden. Arbeiterinnen dürfen in Zukunft unter keinen Umständen an den Maschinen angelernt werden.

Die „körperliche Untersuchung“, die als dritter Punkt behandelt wurde, fand von allen Rednern entschiedene Verurteilung. Die Unternehmer drohen, an dieser Frage Tarifabschlüsse und Lohnforderungen scheitern zu lassen. Die Untersuchungsfrage ist keine Tariffrage, sondern fällt unter den Begriff Arbeitsordnung und ist in Verbindung mit der Betriebsräten zu lösen. Die Berliner Kollegen haben die Untersuchung reslos abgewehrt. Die Untersuchung ist eine prinzipielle Frage und bedeutet eine Verschlechterung bestehender Verhältnisse. Das Ergebnis der Aussprache wurde in folgendem Antrag zusammengefaßt:

Die vertretenen Maschinenführer lehnen einstimmig die Zustimmung einer körperlichen Durchsuchung ab. Sie stellen sich einmütig auf den Standpunkt, daß die Sicherung gegen Diebstahl Aufgabe der Arbeitgeber ist. Eine körperliche Durchsuchung empfinden sie als einen Verstoß gegen die guten Sitten. Die Maschinenführer sprechen den Arbeitgebern das Recht zu, Kasete oder sonstige Behälter, welche die Arbeiter beim Verlassen der Betriebe mit sich führen, vom Portier oder sonstigen dazu berechtigten Personen durchsuchen zu lassen.

Um das Material der Reichskonferenz allen Branchenkollegen zugänglich zu machen, wird dem Vorstand ein Antrag als Material überwiesen, worin zum Ausdruck kommt, daß das Material gesammelt und in Druck gegeben wird, um es allen Kollegen gegen Erstattung der Herstellungskosten zugänglich zu machen.

Dem Bericht des Vorstandes ist folgendes zu entnehmen: Die „Klag“ gebe in den ersten Stellungen wenig positive Arbeit geleistet, die Zeit wurde nur mit Geizart vergeudet. Trotz Einfuhr werden sehr große Mengen englischer Zigaretten eingeführt worden. Die Ausfuhr habe im letzten halben Jahr 7 1/2 Milliarden Zigaretten betragen. Ein amerikanischer Truist versucht vom Saargebiet aus, hauptsächlich den deutschen Markt mit Waren zu überschwemmen. Die Aufhebung der Kontingenterung des Tabaks werde in einem Jahre zu erwarten sein. Die Ausfuhr von Zigarettenmaschinen ins Ausland sei verboten. Der wilde Handel werde durch Beschlagnahme der Ware bekämpft.

Bei Schaffung des Reichsminimallohnsatzes, Urlaubsgeld und der Entschädigung im Krankheitsfall wird vorgeschlagen, einen Minimallohn von 200 M, Urlaub nach vollständiger Beschäftigungsdauer 8 Tage, steigend bis nach 4 Jahren auf 28 Tage und Entschädigungszahl bei Krankheit nach 1/2 Jahr 2 Wochen, steigend bis nach 3 Jahren auf 13 Wochen zu fordern. Eine Kommission wurde gewählt, die die Vorschläge ausarbeitet und nach Zustimmung des Hauptvorstandes den Unternehmern einreicht.

Bei Punkt „Reichsarbeitsvermittlung“ stellt sich heraus, daß den Vermittler diese Einrichtung bekannt ist, und der Reichsarbeitsvermittlung so gut wie gar keine Arbeit hat. Schwierigkeit besteht in dieser Frage die Einzelvermittlung.

In der folgenden Sitzung mit den Vertretern des Arbeitgeberverbandes und einigen Vertretern der bedeutendsten Zigarettenfabriken wird über die ständigen Fragen, Behebung von mehreren Maschinen und der körperlichen Untersuchung keine Einigung erzielt. Es hat den Anschein, als ob die Unternehmer es bei diesen Fragen auf die Waghalsigkeit ankommen lassen wollen. Die Zukunft wird lehren, ob es möglich ist, ohne Kampf die Fragen zur Zufriedenheit der Kollegen regeln zu können.

Die Konferenz hat fruchtbringende Arbeit geleistet, wenn überall im Lande, besonders in den Ortsvereinigungen über die Durchführung der Richtlinien und Beschlüsse gewacht wird, dann wird auch die Arbeit zum Nutzen der Gesamtkollegen auskommen und die Lage der Maschinenführer gebessert werden können.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Mit Sonntag den 1. August ist der 32. Wochendatrag für die Zeit vom 1. bis 7. August 1920 fällig.

Für die neugegründeten Bezirke: Schwerindustrie, Eisen, Bergbau, Eisen, Thüringen, Eisen, Erfurt, wird je ein Bezirksleiter

zum sofortigen Antritt gesucht. Kollegen, welche sich um obige Stellen bewerben wollen, müssen längere Zeit in der Arbeiterbewegung tätig, mit allen Arbeiten in unserer Organisation vertraut, rednerisch begabt und in der Agitation bewandert sein.

Bewerbungen sind bis spätestens 9. August an den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Altestr. 16, einzureichen. Dieselben sind auf der Außenseite zu bezeichnen durch die Aufschrift: „Bezirksleiter für Eisen, Hagen oder Erfurt“.

Die Anstellung erfolgt nach den Bestimmungen des § 31 des Verbandstatuts. Gehalt nach den Beschlüssen der XIV. ordentlichen Generalversammlung in Stuttgart bezüglich Teuerungszulagen.

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts: Auf Antrag der Verwaltungsteile Württemberg: Der Schlosser Hermann Range, geb. am 27. Mai 1881 zu Schönbrunn, Buch-Nr. 2.659.585, wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern.

während wir uns in Deutschland mit unserm Räterummel, den selbständigen Rätevereinigungen mit Stiftungssystem und Fahnenwelche zu Lode experimentieren werden. Der russische Kongreß legte für die Tätigkeit der Gewerkschaften folgende entscheidenden Grundsätze nieder:

Die gewerkschaftlichen Organisationen als Klassenorganisationen des Proletariats, welche nach dem Industrieprinzip aufgebaut sind, müssen die Hauptarbeit bei der Organisation der Produktion und der Weiterentwicklung der geschwächten erzeugenden Kräfte des Landes auf sich nehmen.

Im entwickelten Stadium müssen die gewerkschaftlichen Organisationen im Prozesse der entscheidenden sozialistischen Revolution Organe der sozialistischen Macht werden, welche als solche arbeiten und im Verein mit den anderen Organisationen die Verwirklichung neuer Prinzipien der wirtschaftlichen Organisationen ins Leben rufen.

Übergangsmassnahmen für die Umwandlung der gewerkschaftlichen Organisationen in solche Organe und für die Vereinigung sämtlicher wirtschaftlicher Organisationen der Arbeiterklasse, besonders der Fabrikkomitees (Arbeiterausschüsse) sind: Engere Zusammenarbeit und unzerstörbare organisatorische Verbindungen zwischen den gewerkschaftlichen Organisationen und den politischen Organisationen des Proletariats, in erster Linie mit den Arbeiter- und Soldatenräten.

Der ganze Prozeß der vollständigen Vereinigung der gewerkschaftlichen Organisationen mit den Organen der staatlichen Gewalt (der sogenannte Prozeß der Verstaatlichung) muß sich als ein unvermeidliches Resultat der gemeinsamen und Herrschaftswendigen Tätigkeit und der Vorbereitung der breiten Massen durch die gewerkschaftliche Organisation auf die Leitung der staatlichen Verwaltung und aller wirtschaftlichen regulierenden Organe ergeben.

Folgendes ist noch zu bemerken: Die russischen Gewerkschaften stehen auf revolutionärem Hauptboden. Das ist die erste Voraussetzung für die zu erfüllenden Aufgaben. Dann aber fällt den russischen Gewerkschaften die Aufgabe zu, Träger des Aufbaues einer sozialistischen Volkswirtschaft zu sein. Den Gewerkschaften ist die hervorragende Rolle und der ausschlaggebende Einfluß im Sozialisierungsprozeß (Nationalisierung der Betriebe usw.) übertragen worden. Und die Fabrikkomitees (Betriebsräte) sind in Rußland den verantwortlichen Organen der Gewerkschaftsorganisationen. Dieses in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen mit den Vertretern der Betriebsrätezentrale in Deutschland festzuhalten, erscheint uns durchaus am Platze.



